

N i e d e r s c h r i f t

zur 5. Sitzung des Ausschusses für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung
am Donnerstag, den 28.05.2020, um 18:00 Uhr
im Landratsamt Beeskow, Breitscheidstraße 7, Haus B, Atrium

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 21:15 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung der Protokolle der Sitzungen vom 16.01.2020 und 05.03.2020
4. Tourismus
Frau Ellen Rußig – Geschäftsführerin Seenland Oder-Spree e. V.
5. Information zur Afrikanischen Schweinepest
6. Vorstellung der Aufgabenstellung und Ziel der Nahverkehrsplanung des Landkreises Oder-Spree für den übrigen ÖPNV - Zeitraum 2021 bis 2025
Berichterstattung durch das Planungsbüro
Verantwortlich Dez. II
7. Information zum Mobilitätskonzept
8. Baubeschluss zur baulichen Realisierung des grundhaften Ausbaus der K 6744, Abschnitt 030, von Briesenluch – Markgrafpieske einschließlich straßenbegleitendem gemeinsamen Geh- und Radweg.
Vorlage: 029/2020
9. Grundsatz- und Baubeschluss zur Modernisierung Spreeradweg im Landkreis Oder-Spree, 2. und 3. Bauabschnitt
Vorlage: 031/2020
10. Einrichtung eines ständigen Gesundheitsbeirates
Vorlage: 5/DIE LINKE.PIR./202
11. Information zum Stand Ansiedlung TESLA
12. Sonstiges

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Einladung wurde ordnungsgemäß zugestellt. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Mehrheitlich zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Teltewskaja, Beigeordnete für Ländliche Entwicklung, schlägt vor den Beschluss 5/DIE LINKE.PIR./202. auf die nächste Sitzung zu verschieben. Im Sozialausschuss am 25.05.2020 wurde ebenfalls die Verlegung auf den nächsten Ausschuss getroffen. Dort soll dann der Bearbeitungsstand der Verwaltung in diesem Bereich präsentiert werden. Somit kann man Doppelstrukturen vermeiden und einen Gesundheitsbeirat in die bisherigen Tätigkeiten der Verwaltung eventuell besser einbinden.

Des Weiteren schlägt Frau Teltewskaja vor den TOP „Information zur Afrikanischen Schweinepest“ vorzuverlegen auf den TOP 5.

Die Abgeordneten stimmen zu.

Frau Kaethner fragt an, ob sie über ihre Strafanzeige gegen den Landrat nach § 240 StGB informieren darf.

Die Information erfolgt unter dem TOP „Sonstiges“.

Mehrheitlich zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung der Protokolle der Sitzungen vom 16.01.2020 und 05.03.2020

Die Protokolle werden bestätigt.

Mehrheitlich zugestimmt

Zu TOP 4 Tourismus

Frau Ellen Rußig – Geschäftsführerin Seenland Oder-Spree e. V.

Frau Rußig berichtet zum Tourismus im Seenland Oder-Spree über durchgeführte Wertschöpfungsstudien, den Tourismusverband, Netzwerke, Marketing und Projekte.

Siehe Präsentation (Tischvorlage)

Frage Herr Diepold:

Inwieweit werden Maßnahmen zur Stärkung des Tourismus im Bereich Schwielochsee geplant?

Antwort Frau Rußig:

Der Schwielochsee ist kreisübergreifend. Daher arbeitet der Tourismusverband mit der Schwielochsee GmbH zusammen. Die Schwielochsee-Rundtour wurde bereits in die modernen Medien eingebunden. Die touristische Infrastruktur für die Wertschöpfung ist im Bereich des Schwielochsees gering. Die Campingplätze sind bereits ausgebucht. Hier werden Abstimmungen mit dem Campingplatzverband geführt. Beeskow stellt den nächst größeren Knotenpunkt am Schwielochsee dar, so dass Kulturangebote vermarktet werden. Derzeit läuft eine Marketingkooperation mit dem Anglerverband. In diesem Zusammenhang werden ebenfalls die Vermieter von Unterkünften zur Beherbergung von Anglern geschult.

Frage Herr Schapke:

Wo findet man Daten zu Touristenströmen in unserem Gebiet? Gibt es Aktivitäten um den Tourismus an der Oder zu intensivieren?

Antwort Frau Rußig:

Die Ermittlung der Besucherströme befindet sich derzeit noch in Bearbeitung. Dem Tourismusverband liegen aus der letzten Marktforschung prozentuale Angaben vor. Die Hauptgäste kommen aus Berlin und zweitrangig aus Brandenburg. Sachsen und Nordrhein-Westfalen wechseln sich jährlich ab. Die Datenermittlung der besuchten Orte erfolgt per Auswertungen der Geldabhebungen an Geldautomaten.

Der Auslandsmarkt stellt nur 4,6 % der Gäste aus der Gesamtregion dar. Hier könnten Fallzahlerhebungen lediglich in Bad Saarow durchgeführt werden. Jedoch weiß man bereits, dass sich dort hauptsächlich polnische Gäste aufhalten. Des Weiteren halten sich vermehrt Gäste aus den Niederlanden zum Camping oder Radfahren in der Region auf.

Die Oder wird derzeit durch die Regionalen Wachstumskerne Frankfurt (Oder) / Eisenhüttenstadt beworben. Der Tourismusverband hat durch entsprechende Werbemaßnahmen die Flusslandschaft Oder zusammengefasst. Ziel wird es sein deutsch- polnisch stärker zu agieren.

Frage Frau Kaethner:

Wann wird das Rathenäumuseum in Bad Freienwalde wieder als touristische Attraktion eröffnet wird?

Antwort Frau Rußig:

Das Schloss Bad Freienwalde fungiert seit der 21. KW als Coworking-space. Die Rathenauausstellung kann weiterhin besichtigt werden. Das Museum Altranft wird durch ein Bundesprojekt gefördert und arbeitet eng mit der Burg Beeskow und dem Kulturamt der Kreisverwaltung zusammen. Derzeit werden Konzepte entwickelt zur Aufrechterhaltung des Museums.

Frage Herr Kuiper:

Wäre es bereits lohnenswert Touristen aus den Niederlanden anzuwerben?

Antwort Frau Rußig:

Der Tourismusverband hatte im Bereich Fahrradtourismus auf einer Veranstaltung in Amsterdam geworben und es wurden Berichte in niederländischen Magazinen veröffentlicht. Im Hinblick auf den finanziellen Aspekt sollte immer sorgfältig entschieden werden welche Marketingmaßnahmen zu treffen sind. Aus diesem Grund wurde vordergründig der Fokus auf den deutschen Markt gelegt. Derzeitige ausländische Kooperationen werden im Rahmen von Projekten abgewickelt.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 5 Information zur Afrikanischen Schweinepest

Am 27.03.2020 gab es in Polen einen positiven Fund eines Schwarzwildkadavers an der brandenburgisch-sächsischen Grenze (10,2 km unmittelbar zur Neiße). Am 21.03.2020 ist die Afrikanische Schweinepest in einem Hausschweinbestand in Westpolen ausgebrochen (ca. 78 km zur deutschen Grenze). Auf Veranlassung des polnischen Veterinäramtes wurden dort 23.700 Hausschweine gekeult. 14 Tage später wurden Läufer aus diesem Sauenbestand in einen

Mastbestand geliefert der zunächst negativ war und nach 14 Tage untersucht wurde. Dabei wurden serologische Befunde nachgewiesen. Es mussten ca. 10.000 Tiere gekeult werden. Die gesamte Situation hat sich im Allgemeinen verschärft. Die Ende März stattgefundenen Ausbrüche ereilten sich nördlich der A15 und haben damit auch das direkte Eintragsrisiko über Frankfurt (Oder) in Richtung Deutschland erhöht. Das FLI hat dazu die Risikobewertung angepasst und verifiziert. Im April gab es in Polen 2.505 Ausbrüche. Mehr als in den Jahren 2018 und 2019 gesamt.

Folgende Maßnahmen wurden eingeleitet:

- verstärkte Arbeit an der Unterhaltung des Elektrozaunes an Oder und Neiße
- Neuanschaffung eines weiteren Elektrozaunes zur Eingrenzung einer Kernzone bei ASP-Feststellung
- Vorbereitung der Entsorgung von Konfiskaten in Tierseuchenfällen
- die Intensive Bejagung
- Einrichtung einer „weißen Zone“ in Polen und Deutschland – ausgegrenzt durch einen Festzaun

Frage Herr Gliese:

Wann startet die Bejagung mittels Fallen? Gibt es bereits Reaktionen von Jägern?

Antwort Frau Senger:

Die Fallenjagd ist eine legitime genehmigungspflichtige Jagdmethode.

Bei der Sachkundeschulung zum Fallenjagen äußerten viele Jäger ihre Bedenken, da die früheren Jagdfallen keine Fangüberwachungsanlage besaßen. Inzwischen sind die Fallen mit diesen Anlagen ausgestattet und werden per Kabel oder Funk gesteuert. Die Auslösung der Falle geschieht videoüberwacht durch den Jäger, sodass unmittelbar eingegriffen werden kann. Diese Maßnahmen werden aus tierseuchenrechtlichen Gründen durchgeführt um die Wildtierpopulation deutlich zu senken. Im Falle eines ASP-Ausbruchs kann derart eine Tierseuchenbekämpfung durchgeführt werden.

Frage Herr Diepold:

Die Gebühren zu Trichinenuntersuchungen wurden ausgesetzt. Wird es so weiter geführt?

Antwort Frau Senger:

Es ist geplant für die gesamte Zeit der Tierseuchenbekämpfung die Gebührenausssetzung verlängern lassen.

Herr Diepold schlägt vor im nächsten Ausschuss über die Möglichkeiten der regionalen Landwirtschaft zur Aufrechterhaltung der Nahversorgung (Produktion regionaler Lebensmittel) zu diskutieren.

zur Kenntnis genommen

**Zu TOP 6 Vorstellung der Aufgabenstellung und Ziel der Nahverkehrsplanung
des Landkreises Oder-Spree für den übrigen ÖPNV - Zeitraum 2021 bis
2025
Berichterstattung durch das Planungsbüro
Verantwortlich Dez. II**

Herr Dr. Günzel berichtet zur Nahverkehrsplanung des Kreises. Über die Zuständigkeiten, Beteiligungsprozesse, kreisgrenzübergreifende Prozesse und den Planungsaufbau.

Siehe Präsentation (Tischvorlage)

Frage Herr Diepold:

Gibt es Überlegungen die direkte Zugverbindung zwischen Beeskow und Berlin wiederherzustellen / zu verbessern?

Antwort Herr Dr. Günzel:

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) ist Ländersache. Bei Notwendigkeit kann der Wunsch auf Wiederherstellung/ Verbesserung dieser Zugverbindung im Nahverkehrsplan aufgenommen werden. Dies müsste dementsprechend durch den Landkreis vor dem Land und dem VBB vertreten werden.

Frage Frau Keathner:

Es gab viele Privatisierungen und Stilllegung von Bahnhofgebäuden in Brandenburg. Sehen Sie eine Möglichkeit, dass diese wieder reanimiert werden?

Wie äußern Sie sich zu der Antriebstechnologie?

Antwort Herr Dr. Günzel:

Die Bahnhofsgebäude liegen in der Verantwortung des Eigentümers. Ein Landkreis kann keinen direkten Einfluss nehmen. Im Nahverkehrsplan könnte dazu lediglich Stellung genommen werden.

Zu den Antriebstechnologien kann PROZIV eine Empfehlung abgeben. Diese wird anschließend diskutiert und kann dann im Nahverkehrsplan als Empfehlung aufgenommen werden.

Die Abgeordneten bitten um die Vorlegung des 1. Entwurfs des Nahverkehrsplans zur Diskussion im nächsten Ausschuss und um die Einbringung von Einwendungen und Ideen.

Herrn Buhrke, Beigeordneter für Finanzen und Innenverwaltung, stimmt der Präsentation des ersten Entwurfs zum Nahverkehrsplan in der nächsten Sitzung zu.

Frage Herr Engert:

Wie geschieht die Einbindung des Stadtverkehrs?

Antwort Herr Dr. Günzel:

Stadtverkehre liegen grundsätzlich in der Aufgabenträgerschaft der Landkreise. Im Rahmen des Beteiligungsprozesses können sich die Städte dazu ebenfalls mit ihren Vorstellungen und Wünschen einbringen.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 7 Information zum Mobilitätskonzept

Frau Teltewskaja erinnert an den Kreistagsbeschluss zur Erstellung eines Mobilitätskonzeptes, Einstellung eines Mobilitätsbeauftragten und der Vorlage von Grundkonzepten im Bereich Mobilität. Trotz mehreren Ausschreibungen ist es dem Landkreis noch nicht gelungen einen Mobilitätsbeauftragten einzustellen. Die Verwaltung hat mit verschiedenen Veranstaltungen versucht eine breite Beteiligung der Bevölkerung und der Abgeordneten bei der Erarbeitung von Grundlagen für das Mobilitätskonzept zu organisieren.

Herr Kühne stellt einen Zwischenstand der Erarbeitung vor. *Siehe Präsentation (Tischvorlage)*

Frage Frau Keathner

Bei der Entwicklung von Tools zur Nachfragedatenerhebung mittels Crowd-Sourcing zur datenbasierten Planung für On-Demand-Angebote, werden die Bewegungsprofile der Smartphone-Nutzer gesammelt. Ist es wirklich abgesichert, dass die Bewegungsprofile nur auf freiwilliger Basis verfolgt werden?

Antwort Kühne:

Die Erhebung der Bewegungsprofile kann nur im Einklang mit dem Datenschutz erfolgen. Aus diesem Grund sollen die Nutzer eine Belohnung für die Datenfreigabe erhalten. So könnte man neue Wege der offiziellen Datenbeschaffung gehen und die Akzeptanz bei Smartphone-Nutzern zur Weitergabe der Daten erhöhen.

Frage Herr Kuiper:

Soll das Mobilitätskonzept als Ergänzung zum Nahverkehrsplan dienen?

Wann wird es das Mobilitätskonzept geben und wovon hängt dies ab?

Antwort:

Derzeit hängt die Erstellung des Mobilitätskonzeptes von der Fördermittelzusage und der Einstellung des Mobilitätsbeauftragten ab.

Ein Mobilitätskonzept ist sehr vielseitig und soll die Mobilität im Allgemeinen betrachten, sodass es unter anderem z. B. Autobahn- und Schienenverbindungen, Pendlerverkehre, etc. enthält. Die Bezüge zu dem Nahverkehrsplan sollten harmonisieren.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 8 Baubeschluss zur baulichen Realisierung des grundhaften Ausbaus der K 6744, Abschnitt 030, von Briesenluch – Markgrafpieske einschließlich straßenbegleitendem gemeinsamen Geh- und Radweg. Vorlage: 029/2020

Herr Fuls, Amtsleiter für Infrastruktur und Gebäudemanagement, stellt die Vorlage 029/2020 vor. Mit der Erweiterung der K6744, Abschnitt 030, auf 6 m Breite und der Anordnung eines Radwegs soll die Verkehrssicherheit für die Fahrzeugfahrer, Radfahrer und Einwohner erhöht und der Tourismus in dieser Region gestärkt werden.

Siehe Präsentation (Tischvorlage)

Frage Frage Noppe:

Wo genau werden die neuen straßenbegleitenden Bäume gepflanzt? Müssen dazu Flächen erworben werden?

Antwort Fuls:

Diese werden mit einer Entfernung von 4,50 m zur Straße gepflanzt. Um den erhöhten Flächenbedarf sicherzustellen, muss der Grunderwerb der noch notwendigen Flächen erfolgen. Dazu befindet sich der Kreis in Abstimmung mit den derzeitigen Eigentümern.

Frau Keathner bittet Herrn Fuls um die Übermittlung des Gutachtens zum straßenbegleitenden Baumbestand an der K6744 bis zum 05.06.2020.

Frage Herr Dr. Rosentreter:

Ist die Finanzierung gewährleistet?

Buhrke:

Der Beschlussvorlage ist eine Stellungnahme der Kämmerei beigelegt, die der Finanzierung für diese Maßnahme zusagt.

Frau Keathner stellt einen Antrag auf Zurückstellung der Beschlussfassung für die Vorlage 029/2020.

Grund: Es wird die Meinung vertreten, dass die Fällung der Pappelallee so schwerwiegend ist, dass die Einsicht in das Gutachten durch die Abgeordneten zuerst erfolgen sollte. Frau Keathner lädt alle Interessenten der Fraktionen zu einer gemeinsamen Einsichtnahme in das Gutachten und einer gemeinsamen Vorortbesichtigung ein. Anschließend kann erst über die Vorlage abgestimmt werden.

Herr Dieplod leitet die Abstimmung zum Antrag auf Verschiebung der Beschlussfassung zur Vorlage 029/2020 per Handzeichen ein.

Der Antrag wurde durch die Abgeordneten mehrheitlich abgelehnt. Der Beschluss zur Vorlage wird in der Sitzung getroffen.

Herr Diepold leitet die Abstimmung des Beschlusses ein. Der Beschlussvorlage wird mehrheitlich zugestimmt.

Mehrheitlich zugestimmt

**Zu TOP 9 Grundsatz- und Baubeschluss zur Modernisierung Spreeradweg im
Landkreis Oder-Spree, 2. und 3. Bauabschnitt
Vorlage: 031/2020**

Herr Fuls stellt die Vorlage 031/2020 vor. Für den Radweg wurden Regellösungen für gewisse Situationen entwickelt (z. B. teilweise Benutzung durch Forst) aber auch Details wie z. B. der Wurzelschutz angewandt. Da der 1. Bauabschnitt realisiert wurde, sollen jetzt die Bauabschnitte 2. und 3. folgen. Die Eingriffe in die Natur sind geringfügig, da auf vorhandenen Trassen gebaut wird. Zudem wird sehr feiner Asphalt zur Befahrung durch Skater benutzt.

Siehe Präsentation (Tischvorlage)

Herr Diepold leitet die Abstimmung des Beschlusses ein. Der Beschlussvorlage wird mehrheitlich zugestimmt.

Mehrheitlich zugestimmt

Zu TOP 10 Einrichtung eines ständigen Gesundheitsbeirates
Vorlage: 5/DIE LINKE.PIR./202

Die Vorlage 5/DIE LINKE.PIR./202 wird auf die nächste Sitzungsfolge verschoben.
Siehe TOP 2 „Bestätigung Tagesordnung“

zurückverwiesen

Zu TOP 11 Information zum Stand Ansiedlung TESLA

Herr Gehm berichtet zu dem aktuellen Stand der Ansiedlung von TESLA.

Derzeit wurde ein vorzeitiger Baubeginn für Flachfundamente durch das LfU erteilt. Es steht noch die Genehmigung für Pfahlgründungen aus. Tesla hatte Test-Pfähle durchgeföhrt. Dies geschah ohne eine Genehmigung und somit wurde dieser Verstoß an die Kreisordnungsbehörde zur Prüfung und Anhörung weitergeleitet. Kurze Zeit später konnte jedoch eine Genehmigung zur Pfahlgründung ausgestellt werden.

Die Taskforce mit dem Ministerpräsidenten hat wieder begonnen und erfolgte per Videokonferenz. Dort hatte sich der neue Europachef von Tesla vorgestellt. Aktuell fand die Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung der Kommunen und Gemeinsamenplandesplanung zur Umfeldanalyse statt. Der ausgefallene Erörterungstermin zum Tesla Antrag wird nachgeholt. Ebenfalls ist bereits bekannt, dass Tesla einen neuen Antrag mit eingearbeiteten Änderungen einreichen wird. Dieser muss wieder eine Prüfung und Beteiligung durchlaufen.

Frau Keathner ist der Überzeugung, dass hier ein Verstoß gegen die Europäische Wasserrichtlinie und gegen die LHO vorliegt. Sie erinnert an das UVP-Gesetz. Der Einwendungstermin wurde ausgesetzt. Obwohl dieses Verfahren nicht abgeschlossen wurde, finden Bauvorgänge statt.

Frage von Frau Keathner an Herrn Gehm:

„Entscheiden Sie Herr Gehm, ob nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz verfahren wird oder nicht?“

Antwort Herr Gehm:

Nein, die Entscheidung trifft nicht Herr Gehm.

Hierbei handelte es sich um eine Veranstaltung des LfU und das komplette Verfahren liegt in dessen Verantwortung. Der Erörterungstermin ist aufgrund der Eindämmungsverordnung ausgefallen. Da mittlerweile Lockerungsmaßnahmen eingetreten sind, ist absehbar, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt ein Erörterungstermin stattfinden wird.

Der Antragsteller kann nicht daran gehindert werden einen neuen Antrag einzureichen. Hier wird das LfU entscheiden, ob das eine Rücknahme und Neueinreichung oder eine Änderung ist. Anschließend werden eine öffentliche Auslegung und ein Erörterungstermin erfolgen. Die Einwendungen zum Ursprungsverfahren werden weiterhin berücksichtigt. Da derzeit noch kein Antrag vorliegt, gibt es noch keine Einwendungsfrist.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 12 Sonstiges

Frau Kaethner informiert die Anwesenden, dass sie eine Strafanzeige gegen den Landrat nach § 240 StGB gestellt hat. Sie fühlt sich in einer fortgesetzten Art und Weise diskriminiert behandelt und hat kein Vertrauen mehr in den Landrat. Frau Kaethner bittet um Verständnis, dass keine näheren Ausführungen zu dieser Information gemacht werden.

Frau Teltewskaja informiert die Anwesenden, dass der Kreistagsbeschluss zur Aufstellung von Willkommens- und Begrüßungsschildern sich derzeit noch in der Umsetzungsphase befindet. Es wurden lediglich 9 Schilder zur Aufstellung an Bundesstraßen durch den Landesbetrieb Straßenwesen genehmigt. Leider liegen zu den 11 weiteren Schildern (Aufstellung an Landesstraßen) noch keine Genehmigung oder weitere Informationen vor.

zur Kenntnis genommen

Maik Diepold
Vorsitzender des
Ausschusses für Ländliche
Entwicklung und
Kreisentwicklung

Gundula Teltewskaja
Beigeordnete für
Ländliche Entwicklung

Polina Poluektova
Schriftführerin